



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 01/2010

Aus dem Inhalt:

- Haushalt 2010
- Rettungsschirm für die Kommunen
- Finanztransaktionssteuer
- Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum ALG II
- Termine

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag...

Die Haushaltsberatungen für den Etat 2010 haben begonnen – Berlin schneebedeckt und auch die Stimmung der Schwarz-Gelben Regierungskoalition wird immer eisiger. Etwas über einhundert Tage ist diese "Traum"- Koalition alt. Die Bilanz fällt verheerend aus. Noch nie ist eine Bundesregierung so schlecht gestartet wie diese. Die Bürgerinnen und Bürger im Land spüren das. Die Zustimmung, insbesondere für die FDP, schwindet rasant. Statt sich zusammenzuraufen und sich den Problemen des Landes zu widmen, reagieren CDU, CSU und FDP panisch. Es vergeht kein Tag ohne Streit, keine Woche ohne Krisengipfel. Der Außenminister ist noch nicht in seiner neuen Aufgabe angekommen – verfällt immer wieder in einen FDP-Geschäftsführer, der zubeißt, statt Contenance zu behalten.

HAUSHALT 2010

In gewisser Weise ist dieser Etat noch ein „Zwischending“, da er größtenteils auf den Entwurf des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück aus dem Sommer 2009 zurückgeht. Was die schwarz-gelbe Koalition so wirklich plant, wird sich erst zeigen, nachdem die Landtagswahl im Mai in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist und die Beratungen zum Haushalt 2011 beginnen.

Wir beraten derzeit im Haushaltsausschuss über die Einzelpläne – die Etats der einzelnen Ministerien – bis zum 4. März 2010. An 8 Sitzungstagen nehmen wir uns im Haushaltsausschuss jedes Ministerium, jedes Kapitel und jeden Titel vor. Hier wird am Auffälligsten, dass gute Ideen keine Mehrheiten bringen, so ist das, wenn man nicht in der Regierung ist. Allerdings ist sich die Regierungskoalition auch hier nicht unbedingt einig, wie der Kulturbereich zeigte.

<http://www.petra-merkel.de/aktuelles/573-schwarz-gelb-gefaehrdet-zukunft-der-roc/>

RETTUNGSSCHIRM FÜR KOMMUNEN – 4 MILLIARDEN EURO GEGEN DIE NOTLAGE

Am 8. Februar 2010 hat das SPD-Präsidium einen „Rettungsschirm für die Kommunen“ gefordert. Die Finanzlage der Kommunen hat sich dramatisch verschlechtert, Schätzungen gehen von 12 Mrd. € Defizit aus. Viele Kommunen können mit den Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr decken. Was darauf folgen kann, ist klar: weniger Angebote, steigende Gebühren.

Deutschland ist nicht aus der Wirtschaftskrise heraus. Nach dem historischen Einbruch von minus 5 Prozent im Jahr 2009 wächst das Risiko ansteigender Arbeitslosigkeit. Bund und Länder, Städte und Gemeinden müssen massiv wegbrechende Steuereinnahmen verkraften. Unser Land droht Schaden zu nehmen. Doch die schwarz-gelbe Chaos-Koalition ist handlungsunfähig. Und sie weckt Zweifel daran, ob sie überhaupt vier Jahre gemeinsam durchhalten kann. Was wir jetzt endlich wieder brauchen, das sind Verantwortung und Bewegung, Mut und Entscheidungskraft in der Politik.

Wir brauchen Bewegung für die Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind in einer akuten Notlage. Wir sehen es seit Monaten. Nach 4,5 Milliarden Euro in 2009 befürchten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro.

Wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr, Kultur stehen auf dem Spiel: Investitionen in Schulen oder Verkehrswege, die gestrichen werden. Der Ausbau der Betreuungsplätze, der gefährdet ist. Kindergärten, die Gebühren erhöhen. Müll- oder Abwasserentsorgung, die teurer werden. Schwimmbäder, die im nächsten Sommer geschlossen bleiben. Kultureinrichtungen und Theater, in denen der letzte Vorhang fällt. Die Gefahr eines Kollapses der Kommunen ist sehr konkret. Die Bundesregierung hat all das mit verantwortungslosen Steuerprivilegien für Klientelgruppen noch verschärft. Jetzt darf keine Zeit mehr mit taktischen Spielchen verschwendet werden. Wir müssen helfen und handeln: Bund und Länder müssen ein kommunales Antikrisenpaket von insgesamt 4 Mrd. Euro für die nächsten zwei Jahre auflegen.

Mehr dazu:

<http://www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/02/Rettungsschirm-fuer-die-Kommunen.html?pg=2&y=2010&m=0>

LASTEN DER KRISE GERECHT VERTEILEN – SPEKULATIONEN EINDÄMMEN

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt. Offensichtlich werden hier auch die einzelnen Instrumente - Finanztransaktionssteuer, Boni-Steuer/Abgabe; Bankensteuer/-abgabe - gegeneinander ausgespielt.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER EINFÜHREN UND SPEKULATIONEN BEGRENZEN

Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

REGELSÄTZE / URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES:

In der letzten Sitzungswoche hat uns auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen in der Grundsicherung beschäftigt. Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt Klarheit bei der Bemessung der Regelsätze für die Grundsicherung und die Sozialhilfe geschaffen hat. Die SPD wird dafür streiten, dass alle Kinder in diesem Land gleiche Chancen bekommen.

Deshalb haben wir bereits vor der Bundestagswahl eigenständige Regelsätze für Kinder gefordert. Aber das reicht nicht aus, wir brauchen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master - und mehr Ganztagschulen. Wir werden als Sozialdemokraten unser Programm gegen Kinderarmut vorlegen. Es bleibt klar: Die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut gelingt nur mit einem umfassenden Gesamtkonzept, das einen bedarfsdeckende und gerechte finanzielle Unterstützung von Familien mit einer Politik für gute Arbeit und Entlohnung, für eine leistungsfähige Infrastruktur vor Ort und für die Verbesserung der Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder verbindet und dabei insbesondere auch die Gruppe der Alleinerziehenden besonders in den Blick nimmt. Das beste Mittel gegen Kinderarmut allerdings bleibt, dass die Eltern mit ihrer Arbeit ihre Existenz und die ihrer Kinder sichern können. Darum braucht Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler die Dumpinglöhne der Arbeitgeber aufstocken. Schwarz-Gelb ist auf diesem Ohr taub. Das zeigt, dass es auf uns Sozialdemokraten ankommt. Hier werden wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften weiter Druck machen.

Hier finden Sie mehr dazu.

<http://www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/02/Mehr-Unterstuetzung-fuer-Kinder-und-Jugendliche-.html?pg=2&y=2010&m=0>

Termine und Veranstaltungen

NAH UND FERN – Ausstellungseröffnung in der GOETHE80

Am 18. Februar eröffne ich die erste Ausstellung in diesem Jahr in der Goethe80 - in Anwesenheit der Künstlerin Eve-Charlotte Schulz. Sie sind herzlich zur Vernissage eingeladen am Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr, wenn bei der Ausstellung „Nah und Fern“ Eitemperamalerei und Collagen gezeigt werden. Die Charlottenburger Künstlerin malt seit Ende der 70er Jahre und begreift die Malerei als „sinnvolle Freizeitgestaltung, die unheimlich glücklich macht“. Die Lebensfreude sieht man ihren Werken an.

Bis zum 25. März besteht die Möglichkeit zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros die Ausstellung zu besichtigen.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Fraktion vor Ort zu Afghanistan

In Briefen, E-Mails und in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern erfahre ich immer wieder, dass das Thema Afghanistan die Menschen in unserem Land nicht loslässt. In den vergangenen Jahren habe ich stets versucht, in Informationsveranstaltungen die Ängste und Befürchtungen aufzugreifen sowie über die Afghanistanpolitik der Bundesregierung und die Arbeit der Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion aufzuklären. Daran möchte ich auch jetzt, wo die SPD eine klare Abzugsperspektive fordert, anknüpfen. Für mich steht eins fest: Die Verantwortung für die Sicherheit in Afghanistan muss schrittweise auf die Afghanen selber übertragen werden und übergehen. Die SPD hat ihre Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Afghanistan in einem

Positionspapier dargelegt. Die Bundesregierung hat etwas länger gebraucht, um ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Zentrale Forderungen der SPD wurden aber übernommen. Ich bin froh, dass die SPD sich für ein festes Datum für den Truppenabzug deutscher Soldaten ausspricht. Die SPD hat den Vorschlag eines Korridors für den Abzug der Bundeswehr zwischen 2013 und 2015 auf den Tisch gebracht. Auch wenn sich die Regierung nicht auf einen Zeitkorridor für die Beendigung des Einsatzes festlegen will, so erklären inzwischen Kanzlerin und Außenminister einhellig, dass sie die afghanische Regierung darin unterstützen, bis 2014 die volle Sicherheitsverantwortung ohne ausländische Streitkräfte zu übernehmen. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Ende März werde ich daher zu einer Fraktion-vor-Ort Veranstaltung zum Thema „**Das neue Afghanistan-Mandat: Wende zur Abzugsperspektive**“ einladen. Über den genauen Termin werde ich Sie rechtzeitig informieren. Wenn Sie Interesse habe, an der Veranstaltung teilzunehmen, könnten Sie sich auch gerne schon jetzt in meinem Büro per E-Mail an petra.merkel@bundestag.de unter dem Stichwort „Fraktion-vor-Ort: Afghanistan“ anmelden.

Fraktion vor Ort zur schwarz-gelben Steuerpolitik

Zum Thema „**Schwarz-Gelbe Steuerpolitik: Außer Klientelpolitik nichts gewesen?**“ werde ich am 20. April 2010 eine Fraktion-vor-Ort Veranstaltung mit meinen Fraktionskollegen Swen Schulz und Nicolette Kressl anbieten. Hier wollen wir über die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, von der nur wenige profitieren, diskutieren. Auch dazu möchte ich schon jetzt herzlich einladen. Anmeldungen sind ab sofort in meinem Büro unter petra.merkel@bundestag.de unter Angabe des Stichworts „Fraktion-vor-Ort: Steuerpolitik“ möglich.

GIRLS'DAY

Auch 2010 beteilige ich mich wieder am „Girls'Day – Dem Mädchenzukunftstag“. In diesem Jahr findet der Girls'Day am 22. April statt. Sechs Mädchen haben dann wieder die Möglichkeit mir und meinem Team einen Tag lang bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Interessierte Mädchen ab der 10. Klasse können sich bei mir per E-Mail an petra.merkel@wk.bundestag.de, Stichwort „Girls'Day 2010“ bewerben.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Meine nächsten Bürgersprechstunden finden statt am Freitag, den 19. März 2010 von 15.00 bis 17.00 Uhr und Freitag, den 16. April 2010, 14.30 – 16.30 Uhr. Bitte melden Sie sich in meinem Wahlkreisbüro unter 313 8882 an, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.

27. AVON RUNNING Berliner Frauenlauf am 8. Mai 2010

Auch die ASF – die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen – unterstützt den diesjährigen AVON Running Berliner Frauenlauf und wird so den Kampf gegen Brustkrebs unterstützen.

Wer hier mitlaufen möchte, kann sich unter www.berliner-frauenlauf.de anmelden,

Anmeldeschluss ist der 23. April 2010.

Wer hier für oder mit der ASF laufen möchte: hier ist der gemeinsame Start um 16.30 Uhr beim 5 km-Lauf ohne Zeitmessung – bitte nach der Anmeldung Martina Harteib (martina.hartleib@gmx.de) oder Anett Baron (anett.baron@googlemail.com) eine kurze Nachricht über die Teilnahme geben, damit alles Gemeinsame dort organisiert werden kann.